

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

21.11.1862 (No. 274)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 21. November.

N. 274.

1862.

## Telegramme.

**Kassel, 19. Nov.** (W. L. B.) Das Ministerium im Stierberg hat heute Nachmittag seine Entlassung erhalten. Ueber ein neues Ministerium gehen nur Gerüchte. Man erwartet für morgen die Verlegung der Stände.

**Kassel, 20. Nov.** Auf Ersuchen der Landtagskommission hat heute eine außerordentliche Ständesitzung stattgefunden, in welcher die Stände im Auftrag des Kurfürsten durch den Landtagskommissar Schüler auf unbestimmte Zeit vertagt wurden.

**New-York, 8. Nov.** (Mit dem „Edinburgh“.) General McClellan setzt seinen Marsch fort. Ueber die Stellung und die Bewegungen der Separationisten ist nichts bekannt. Die Unionisten halten Waverenon und alle Zugänge der blauen Berge links von Manassas besetzt. Nach einem Richmonder Blatt wäre das Dekret, welches die Männer von 18 bis 45 Jahren zur Konfiskation ruft, im Süden unpopulär und selbst verhasst. In Illinois haben die Demokraten bei den Wahlen gestimmt 131% — 132. Wechsel auf London 146.

**Zürich, 19. Nov.** Die Affenstunde, welche der Abgeordnete Kantner mitgeteilt worden, sind: 1) Das bereits veröffentlichte Kundensreiben des Generals Durando vom 10. Sept. 2) Eine Note des Generals Durando an den Kommandeur Nigra vom 8. Okt. 3) Die Depesche des Hrn. Drouin de Lhuys vom 26. Okt.

**Rom, 18. Nov.** Kardinal Mathieu, Erzbischof von Besancon, ist in Rom angekommen.

**Wien, 18. Nov.** (W. L. B.) Der Kaiser hat den von den Kriegsgewaltigen in Ungarn verurteilten politischen Sträflingen, sowie den bereits zurückgekehrten politischen Flüchtlingen allgemeine Amnestie gewährt und die Einstellung der anhängigen Untersuchungen verordnet.

## Die neueste dänische Note an Preußen.

(Schluß.)

Und was den Deutschen Bund betrifft, wollen wir — statt zu untersuchen, ob er sich und gegenüber innerhalb der Grenzen gehalten hat, welche die Bundesstaaten anweisen — an die königl. preussische Regierung nur die Frage richten, ob es nicht das anerkannte und gemeinsame Ziel der Bestrebungen der verschiedenen deutschen Regierungen ist, dem Bund eine mehr einheitliche Ausübung zu geben. Die Ansichten über Wege und Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, können noch immer sehr verschieden sein; aber darüber kann kein Zweifel obwalten, daß eine solche Ordnung früher oder später auf die eine oder die andere Weise erreicht werden wird. In demselben Grade aber, wie es gelingt, die Bande, welche die verschiedenen Bundesstaaten umschlingen, fester und enger zu ziehen, in demselben Grade wird es sich unumgänglich erweisen, daß ein Bundesland in einer innerlichen verfassungsmäßigen Verbindung mit einem Staate stehen kann, der ein von Deutschland unabhängiges Staatsleben führt. Man wird uns doch gewiß die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß diese Anerkennung nicht von einer feindseligen Stimmung gegen Deutschland zeugt, sondern vielmehr, von einer vorurteilfreien Würdigung der wirklichen Verhältnisse und der historischen Entwicklung.

Es veränderten Verhältnissen gegenüber, wäre die königl. Regierung bereit, dem Bund zu betreten, welchen die tatsächliche österreichische Depesche vom 26. Dez. 1851 zeigt uns angezeigt hat, dem Bund eine

## Die Katakomben.

Karlsruhe, 20. Nov. In dem wir uns nun der musikalischen Seite der neuen Oper zuwenden, freut es uns, so leicht vergebliche Vorzüge derselben hervorheben zu können die in unsern Augen schwer wiegen. Dahin gehört vor Allem der durch und durch deutsche Charakter dieser Musik. Wir rechnen denselben dem Tenoristen, um so höher an, je mehr ihm in Folge seines wiederholten längern Verweilens in Frankreich und Italien, sowie seiner vielfachen persönlichen Beziehungen zu hervorragenden nichtdeutschen Notabilitäten der Kunst die Verfassung nahe lag, sich — wie manche Andere es gethan haben — musikalische Reizmittel im Ausland zu holen, mit denen man bei geschickter Anwendung wenigstens bei dem großen Publikum ohne Zweifel leicht weiter kommen kann, als mit dem gedankenschweren und äußerlich wenig freundlichen Erbe der deutschen Kunst. Das zu gesell sich das Bestreben nach der Schaffens, bis auf das einzelne gesungene Wort gehenden Charakterisierung, sowie eine Reiz der Anlage, bei der es offenbar darauf abgesehen ist, den vollen Stoff nach allen Seiten und Beziehungen, durch den ganzen bunten Wechsel der Szenen und Situationen hindurch — vor dem ruhenden heidnischen Bacchanal bis zu der Abseitigkeit heiliger christlicher Andacht hin abwärts zu veranschaulichen. Das endlich ein Tonsetzer wie Hiller, der namentlich eine mehr als 40jährige künstlerische Laufbahn hinter sich hat (— schon im 10. Lebensjahre fing er an zu komponiren —) worin er in allen musikalischen Gattungen schaffend tätig war, und der außerdem zu den ersten Orchesterdirigenten und geschicktesten Lehrern seiner Kunst zählt, in seinem jüngsten Werke ein heidnisches Mittel — die Invention der Augen, die haben wie die niederen — mit vollendeter Meisterschaft beherrscht, verleiht sich von selbst.

So gern wir dies Alles anerkennen, so können wir uns doch aber verzeihen, auch vergeblicher Bedenken und Anstände nicht einzulassen, die

Erdörterung der Gründe zu geben, die uns veranlassen könnten, durch andere als die vorgezeichneten Mittel das Ziel zu erreichen. Die königl. Regierung wählte indessen nicht diesen Weg, sondern zog es vor, so lange als irgend möglich an der konstitutionellen Verbindung Deutschlands mit den übrigen Theilen der Monarchie festzuhalten, wie sie von Anfang an beabsichtigt war, und selbst nachdem wir durch Bundesbeschlüsse unter Erhaltungswang genötigt worden waren, die Verbindung aufzugeben, war deren Wiederanknüpfung das Ziel neuer Bestrebungen.

Wiederum liegen Bundesbeschlüsse vor. Dieses Mal fordern sie unter Androhung von Excommunication, daß alle Herzogthümer, welche dem Reichsrath zugehören, auch den Ständen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg vorgelegt werden sollen, und daß kein Reich über gemeinschaftliche Angelegenheiten, namentlich auch in Finanzsachen, für die Herzogthümer erlassen werde, wenn es nicht die Zustimmung der Stände erhalten hat. Somit ist ein neuer Weg, zu einem geregelten Zustande zu gelangen, nicht von der königl. Regierung selbst gewählt, sondern vom Bunde geordert. So wie es der Bund war, welcher früher die Beibehaltung der deutschen Herzogthümer an der gemeinsamen Repräsentation der ganzen Monarchie unterlagte, so ist es nun wiederum der Bund, welcher für Holstein eine abgeordnete Repräsentation fordert, die neben dem Reichsrath diejenigen Angelegenheiten behandeln soll, welche für die Zukunft gemeinsam bleiben können.

So sehr wir nun auch bedauern, daß die Verhältnisse, uns nicht gestattet haben, den Weg zu verfolgen, auf dem wir eine enger Verbindung aller Theile der Monarchie zu einem wohlgeordneten Ganzen erstreben, so haben wir doch, der Nothwendigkeit Rechnung tragend, uns im Prinzipie bereit erklärt, und dieser Forderung zu folgen. Nur haben wir, durch eine traurige Erfahrung belehrt, uns bemüht, der neuen Ordnung ein besseres Loos zu bereiten, als der früheren zu Theil ward, indem wir wünschen müssen, und mit Deutschland über die Bestimmungen zu verständigen, welche ein solches Zusammenwirken des Reichsraths und der politischen Stände eheist, bevor wir denselben eine solche neue, auch die gemeinschaftlichen Angelegenheiten umfassende Stellung anweisen. Dies ist der Zweck der gegenwärtigen Verhandlung, und dies der Grund, weshalb wir dieselben eröffnen durch die Vorlage eines Vorschlages, welcher die vom Deutschen Bunde für Holstein geforderte Stellung mit den unentbehrlichen Bedingungen für den Bestand und die künftige Entwicklung der Gesamtmonarchie zu vereinigen sucht.

Die königl. Regierung ist darauf gefaßt gewesen, das Einvernehmen gegen einzelne Punkte der vorgelegten Ordnung erheben werden könnte, und in ihrem lebhaftesten Wunsche nach einer schließlichen Uebereinkunft ist sie bereit, jedem andern Vorschlage, den die königl. preussische Regierung machen würde, so viel als möglich entgegenzukommen. Man wird uns immer willig finden, den deutschen Herzogthümern Alles einzuräumen, was der Deutsche Bund mit irgend einem Rechte oder mit einiger Billigkeit für sie fordern kann. Nur das muß die königl. Regierung als ihre erste und unabwiesliche Pflicht festhalten, daß Holsteins Selbständigkeit nicht die Abhängigkeit der dänischen Monarchie mit sich führt.

Jedenfalls ist die hochwohlgeborenen erlaucht, dem königl. preussischen Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten diese Depesche vorzulesen, sowie Hr. Excellenz von Schöberl und deren Anlage Abschriften zurückzuschicken zu wollen, verleihe ich mit ausgezeichneter Hochachtung Ihr ergebener

(28.) G. Hall.

## Die russische Antwort auf die französischen Vermittlungsvorschläge.

Petersburg, 19. Nov. Das Journ. de St. Petersburg bringt den Wortlaut folgender Depesche des Fürsten Gortschakow an den russischen Geschäftsträger in Paris, Hrn.

v. Dubitt, als Antwort auf die Drouin de Lhuys'sche Note vom 31. Oktbr.

Petersburg, 8. Nov. 1862.

Mein Herr, ich überende Ihnen hiermit die Abschrift einer Depesche des Hrn. Drouin de Lhuys, von welcher mir der Hr. Herzog von Montebello Mitteilung zu machen beauftragt gewesen ist. Dieselbe bezieht sich auf die Angelegenheiten Nordamerikas, und hat den Zweck, uns zu einer Verhandlung mit Frankreich und England einzuladen, um die gegenwärtige Ermattung der Parteien beruhigend, denselben ein einseitiges Einwirken der Feindseligkeiten gemeinschaftlich vorzuschlagen.

In Erwiderung auf diese Eröffnung habe ich den Hrn. Grafen Frantzevich daran erinnert, daß unser erhabener Gebieter nicht aufgehört hat, dem amerikanischen Jubel von Anfang an seine Sorge zu widmen, welche durch die zwischen beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen motiviert und dem kaiserl. Kabinete mehrfach öffentlich bekundet worden ist. Ich habe ihm versichert, daß nichts unternommen werden würde, welches durch die zwischen beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen motiviert und dem kaiserl. Kabinete mehrfach öffentlich bekundet worden ist. Ich habe ihm versichert, daß nichts unternommen werden würde, welches durch die zwischen beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen motiviert und dem kaiserl. Kabinete mehrfach öffentlich bekundet worden ist. Ich habe ihm versichert, daß nichts unternommen werden würde, welches durch die zwischen beiden Ländern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen motiviert und dem kaiserl. Kabinete mehrfach öffentlich bekundet worden ist.

Wir haben daraus geschlossen, daß, wenn die französische Regierung darauf bestände, einen ausdrücklichen und kollektiven Schritt für zweckmäßig zu halten, und wenn das Kabinete von London diese Ansicht theilte, es uns unmöglich sein würde, bei der Entfernung, in welcher wir uns befinden, die Ausnahme vorzuschlagen, die ein solcher Schritt finden könnte. Wenn indessen in diesem Falle unser Gebieter nicht offiziell sich daran betheiligte, so soll seine moralische Unterstützung doch jedem Verlusse der Versöhnung Vorschub leisten. — Hr. v. Schöberl wird in der offiziellen Form, welche ihm am geeignetsten dünkt, den Schein eines Druckes fern zu halten, seinen Kollegen von Frankreich und England zur Seite stehen, und damit nichts thun, als dieselbe Haltung bewahren und dieselbe Sprache führen, die er auf Befehl unserer erhabenen Gebieters vom Anbeginn des amerikanischen Streites an zu beobachten nicht aufgehört hat.

In diesem Sinne erlaube ich Sie, sich dem Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs gegenüber in Verantwortung der uns von ihm gemachten Mittheilung auszusprechen.

Gortschakow.

## Deutschland

Karlsruhe, 20. Nov. Ihre Majestät die Königin Augusta v. Preußen ist heute Mittag 1 Uhr von hier nach Weimar abgereist, wo höchstbieselbe einige Tage verweilen und dann nach Berlin zurückkehren wird.

Frankfurt, 20. Nov. Ein hiesiges (besonders in

gänger Hinwegung (namentlich in seiner „Curant“), indem er die Recitation mitunter mitten in den organischen Bau größerer Tonstücke (sog. „Szenen“, „Finale“ u. s. w.) hineinsetzte, ihr eine breite instrumentale Unterlage gab und sie, obgleich an der dramatischen Aufgabe streng festhaltend, doch in dem normalen Laufe fortlaufen ließ. Nebenbei hat er diese Methode leinewege ein für allemal aufgestellt und festgehalten, sondern sie nur an solchen Stellen vereinzelt angewendet, wo es ihm im Bedingnisse des Textes und im Interesse der Struktur und der dramatischen Wirkung zu liegen schien.

Nach Weber war Schumann bestrbt, der Sache eine neue Seite abzugewinnen. Er suchte die Recitation ganz in den Takt hereinzunehmen und ihr durch eine gewisse melodische Färbung und obligate Begleitung mehr Kontinuität und einen erhöhten Reiz zu geben. Dabei sollte jedoch weder der melodische Anflug, noch die reine Klangwirkung irgendwie Selbstzweck sein; vielmehr legte er auf den zu recitirenden Gedanken so sehr allen Nachdruck, daß er sich oft die besten und handgreiflichsten Klangwirkungen verlagte, z. B. am Ende der Rhythmen oder auch der ganzen Recitation. Nebenbei bediente er sich derselben leblich als Zwischenglieder zwischen den einzelnen Nummern.

Von ähnlichen Voraussetzungen ausgehend, aber in der Ausführung ganz anders verfuhr Richard Wagner, der die ganze Oper auf die Recitation stellte, welche die vollendetste und höchste Form des Ausdrucks und der Erklärung des poetisch-dramatischen Gedankens sein sollte. Er ließ sie sich ganz im Takte bewegen, gestaltete sich aber in gesanglicher wie instrumentaler Beziehung eine Freiheit der Kombination und der Wahl der Mittel, wie sie in dieser Ausdehnung vor ihm noch nicht da war. Wagner hat, wie man sieht, die Weber'schen Ansätze zum System ausgebildet, welches das gesammte Schaffen des vielangestrebten und vielbelobten Tonsetzers seit seinem „Tannhäuser“ beherrscht. Die gleiche Festlosigkeit waltet auch in jeder Beziehung; der Komponist setzt sich in Bezug auf Struktur, Melodie, Rhythmus, Modulation u. s. w. über alles Herkömmliche weg und nimmt noch auch seinen Anstand







unbeschränkt und lediglich von dem Ermessen der Militärbehörde abhängige Dauer in Haft bleiben solle, sei keine Rede. Allein immerhin könne seine Entlassung „zur Zeit noch nicht erfolgen“, weil er sich „noch kein Jahr in Haft befunden habe“. Gegen diesen Bescheid hat Hr. Hagen unter'm 11. November eine neue, ausführlich motivirte Demonstration an das Obertribunal gerichtet, in welcher er dasselbe bittet, seine Beschwerde einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen und ihn von der ihn bedrohenden Tortur zu erlösen. — Der „Berner Bund“ ist wieder einmal konstituir worden. — Der Justizrath Simon hat sein Mandat als Abgeordneter des vierten Breslauer Regierungsbezirks niedergelegt. — Nach Nachrichten aus Breslau, Stettin und Magdeburg ist es ungewiss, ob die in diesen Städten versammelten Provinzial-Landtage Immediatadressen, die allgemeine Lage des Landes betreffend, beschließen werden. Von Königsberg weiß man bis jetzt nur, daß dort eine solche Adresse beantragt werden soll, die vorläufigen vertraulichen Verhandlungen aber das Resultat nicht ganz zweifellos erscheinen lassen. Die „Kreuz-Zeitung“ hat also wieder einmal mit ihrem Dementi-Privileg Mißbrauch getrieben.

**Berlin, 19. Nov.** In unserer gestrigen Besprechung der dänischen Antwortdepesche vom 6. Nov. haben wir den Längungsversuchen des kopenhagener Kabinetts gegenüber uns den Nachweis vorbehalten, daß bei den Abmachungen von 1851/52 Dänemark nicht blos in Betreff Holsteins und Lauenburgs, sondern auch in Betreff Schleswigs in aller Form bindende Verpflichtungen auf sich genommen habe. Als Preußen und Oesterreich im Auftrag des Deutschen Bundes auf Ansuchen des Königs von Dänemark in dessen deutschen Landen die Regierungsautorität wiederhergestellt hatten, behielten sie diese Lande so lange besetzt, bis vom König in rechtlicher Verpflichtung der Weise über die Maßnahmen zur dauernden Befestigung der Ordnung Erklärungen abgegeben waren.

Es handelte sich dabei eben um die Feststellung der Grundlagen für den künftigen Rechtszustand der Herzogthümer. Der König verstand sich hierzu erst nach längerem Widerstreben, indem er Anfangs bei der Absicht beharrte, blos „moralische Verbindlichkeiten“ zu geben. Angesichts der ausdrücklichen Vorbedingungen, welche die deutschen Mächte gestellt hatten, war es also eine förmliche, rechtlich bindende Vereinbarung, welche damals zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde zu Stande kam. Diese Vereinbarung ist aber enthalten in dem damaligen dänisch-deutschen Depeschenwechsel, welcher die Forderungen der deutschen Mächte, die feierlichen Zusagen des Königs von Dänemark, und die darauf erfolgten Abmachungen und Gegenleistungen der beiden Bundesmächte zum klaren förmlichen Ausdruck bringt. Als das Hauptstück der Vereinbarung steht die vom 26. Decbr. 1851 datirte Depesche des Fürsten Schwarzenberg da, weil in der sie beantwortenden dänischen Kundgebung vom 29. Jan. 1852 ausdrücklich erklärt ist, daß der König von Dänemark der in ihr dem dänischen „Programme zu Theil gewordenen Auffassung beitrete“, und diese Auffassung — welche bei der Solidarität der beiden Vertreter des Bundes auch diejenige Preußens war — „wie im Allgemeinen, so auch namentlich in Betreff der Nichtincorporation Schleswigs in das Königreich als mit der feierlichen übereinstimmend anerkennt.“

Hinsichtlich Schleswigs wurde nun aber gefordert, zugestanden und festgestellt: Erstens im Allgemeinen: die Erhaltung selbständiger Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen in den verschiedenen Landestheilen; die Anerkennung der gegenwärtigen Verfassungen der Herzogthümer als „zu Recht bestehender“, mit der Maßgabe, daß die Verbindung zu einer Gesamtstaatsverfassung „nur nach vorgängiger Verathung mit den Ständen dieser Landestheile erfolge“; die „gleiche Berechtigung aller Bestandtheile der Monarchie“. Zweitens im Besonderen wurde abgemacht: daß im Herzogthum Schleswig die „zu Recht bestehenden“ provinzialständischen Verfassungen wieder in Wirksamkeit zu setzen seien; daß keine Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich statfinde, und daß keine auf eine solche Incorporation ausgehenden Schritte vorgenommen werden sollten. Im Weiteren erfolgte dann die Abgrenzung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie und der besonderen Angelegenheiten der Herzogthümer, wobei von Seiten der deutschen Mächte ausdrücklich auch die Rechte und Interessen Schleswigs gewahrt wurden.

Aus dieser ganzen Vereinbarung läßt sich ersehen, wie haltlos die heutige dänische Behauptung ist, daß die deutschen Mächte und der Bund sich um die „Einrichtungen und Verhältnisse Schleswigs“ nicht zu kümmern hätten!

**Frankreich.**

**Paris, 19. Nov.** Man hat heute Nachrichten aus Griechenland, die keineswegs günstig für die neue Ordnung der Dinge lauten. In Patras brach eine Militärinsurrection aus; die öffentlichen Kassen wurden geplündert und alle wohlhabenden Familien, welche gleiches Schicksal befürchteten, stüchteten an Bord der Schiffe oder in die Häuser der Konjulin. Diese Nachrichten, sowie die kaum mehr zweifelhafte Besitzergreifung des Sultans drängen die orientalische Frage mehr und mehr in den Vordergrund. Die Großmächte ihrerseits, weit entfernt, einzig über diese Angelegenheiten zu sein, beobachten sich mit Mißtrauen. Insbesondere scheint in neuester Zeit eine beträchtliche Kälte zwischen Lord Palmerston und Hr. Drouyn de Lhuys eingetreten zu sein, und wenn auch die amerikanischen Angelegenheiten hiezu den ersten Anlaß gaben, so werden die widerstreitenden Interessen beider Regierungen im Orient sicherlich nicht dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Paris und London inniger zu machen. — Bekanntlich ist aus Vera-Cruz gemeldet worden, daß der bekante Jucker aus Mexico ausgewiesen wurde. Nach der Fassung der betreffenden telegraphischen Mittheilung konnte es scheinen, daß diese Ausweisung vom General Forey ausging. Nach einem mir vorliegenden Privat Schreiben aus Vera-Cruz ist es jedoch die Regierung des

Quere, welche den genannten Jucker und noch 6 oder 7 Franzosen aus Mexico auswies, und zwar in Folge der Beschlagnahme von Papieren, durch welche diese, sowie mehrere in Frankreich wohnende Persönlichkeiten stark bloßgestellt sind. Da das mexicanische Regierungsorgan hierüber einige nähere Mittheilungen veröffentlichte, so hielt General Forey es für geeignet, die ganze aus Mexico zu Vera-Cruz eingetroffene Post nicht mit nach Europa zu expediren. Demselben Briefe entnehme ich, daß General Forey am 12. Okt. mit seinen Truppen nach Orizaba abging; doch mußte er eine sehr beträchtliche Anzahl Kranker zu Vera-Cruz zurücklassen. Da es dem General, ebenso wie seinem Vorgänger an den nöthigen Transportmitteln zum raschen Vorrücken der Armee fehlt, so ist es kaum wahrscheinlich, daß er vor Ende December oder Anfangs Januar eine Bewegung gegen Puebla wird ausführen können. Zwar beabsichtigt General Forey, um sich Maulthiere zu verschaffen, die sich in ziemlich großer Anzahl nördlich von Tamaultpas vorfinden, Tampico zu besetzen; doch wird er schwerlich über die nöthigen Streitkräfte verfügen können, um ins Innere des Landes vorzudringen und seinen Zweck zu erreichen. — Eintheilung hat der Oberbefehlshaber, wie es scheint, beschlossen, Jalapa zu nehmen, um sich die Guerrillas vom Jalisco zu schaffen, die von dort aus einen großen Theil der Provinz beunruhigen. — Hr. Drouyn de Lhuys ist heute für 14 Tage nach Compiegne abgereist. Das diplomatische Korps wurde mittelst Rundschreibens benachrichtigt, daß der gewöhnliche Donnerstagsempfang nicht stattfinden wird. — Hr. v. Sartiges, dessen Abreise nach Turin verfrüht gemeldet wurde, wird Paris erst nächsten Samstag verlassen. — Als künftiger Hauptredacteur der „Presse“ nennt man Hr. Douglouet, ehemaligen Präfecten von Konstantine. — Der Herzog v. Gramont-Carterouise, welcher den Redacteur des „Sport“, Hr. Dillon, im Duell erschlug, wurde gestern vom Schwurgerichtshofe zu Versailles freigesprochen. Er und seine Zeugen wurden sogleich in Freiheit gesetzt. Die Wittve Dillon wird nächsten Montag zur Verhandlung kommen. — Die heutige Börse war wenig belebt, im Allgemeinen war jedoch die Tendenz sehr flau und die Käufer, erschreckt durch die anhaltende Baufe, liquidirten schon fast. Proz. 70.30. Ital. Anf. 70.85.

**Belgien.**

**Brüssel, 17. Nov.** Baron v. Seebach, der sächsische Gesandte zu Paris, der auch in derselben Eigenschaft hier und in Turin, wenn wir nicht irren, beglaubigt ist, weil seit einigen Tagen hier und hatte Samstag Nachmittags eine zweitägige intime Konferenz mit König Leopold. Baron v. Seebach war erstaunt, den König nach den überhandnehmenden Leiden so kräftig wieder zu finden, und namentlich wußte er nicht genug von seinem noch immer sich bewährenden durchdringenden politischen Scharfblick zu erzählen. „Welche Seite ich auch anschau (erzählte der Diplomat Tags darauf), überall wußte König Leopold Bescheid; er ist sicherlich der bestunterrichtetste und der aufklärteste Monarch Europa's.“ — Der Wiltzreform-Esgentwurf enthält zwei Bestimmungen, welche wirklich als ein Fortschritt zum Bessern begrüßt werden können; die erste gewährt jedem Soldaten, der während seiner vollen Dienstzeit unter der Fahne geblieben, eine Leibrente von 150 Franken von seinem 55. Jahre an; die zweite führt den obligatorischen Unterricht in der Armee ein, indem fortan jedes Regiment seine Schule haben muß, zu deren Besuch jeder Soldat verpflichtet ist, der seinen gehörigen Elementarunterricht genossen hat. — Das neue Gesetz gegen die Wahlverfälschungen spricht gegen Wahlmanöver ansehnliche Geldstrafen von 26 à 200 und von 50 à 500 Franken aus, und kann selbst Derjenige, der seine Stimme verkauft, oder das Votum eines andern Wählers erkaufen will, außer der Geldbuße mit Entziehung seiner bürgerlichen und politischen Rechte für 5 oder 10 Jahre bestraft werden. — Morgen diskutiert die Kammer eine Petition, welche auf eine gesetzliche Regelung der Arbeit der Frauen und Kinder in den Fabriken anträgt.

**Baden.**

**St. Pfortzheim, 19. Nov.** Die von Hr. Berggrath Walchner angeführten, während des bevorstehenden Winters zu haltenden naturwissenschaftlichen Vorlesungen haben am letzten Donnerstag begonnen. Dieselben werden hauptsächlich auf die chemischen und physikalischen Verhältnisse der bei der hiesigen Industrie verwendeten Stoffe Bezug haben. Der Anfang wurde mit der Betrachtung der Säuren gemacht. Auch die Vorträge des Hr. Prof. G. E. G. über Aesthetik und Kunstgeschichte werden zu Stande kommen, da eine mehr als hinreichende Betheiligung hiebei stattfinden wird. Bei der Vorrede werden im Museumsaal gehalten, und zwar die des Hr. Berggrath Walchner je am Donnerstag, die von Hr. Professor G. E. G. gehalten aber an jedem Samstage.

Im Lauf der vorigen Woche war eine Abordnung von Volksschullehrern der Stadt und des Bezirks Pfortzheim in Karlsruhe, um dem groß. Ministerium den Dank für die Eröffnung und Zusammensetzung der neuen Oberschulbehörde auszusprechen.

**St. Pfortzheim, 20. Nov.** Zu den mannichfachen hiesigen industriellen Establishments ist in jüngster Zeit ein neues gekommen. Hr. Bleicherei-Inhaber Emil V. L. hat nämlich eine Cementfabrik eingerichtet, wobei er das hier bei Anlegung des Springer Eisenbahn-Tunnels gewonnene Material verwendet. Nach den veröffentlichten Zeugnissen der zuständigen Behörden und sachverständiger Personen soll das neue Fabrikat allen Anforderungen bestens entsprechen.

**Vermischte Nachrichten.**

— **Stuttgart, 18. Nov.** (Sch. M.) Wie wir hören, wird in der auf kommenden Sonntag anberaumten Generalversammlung des Schwäbischen Sängerbundes dessen Ausschuss den Antrag stellen, daß der Schwäbische Sängerbund die Eröffnung eines Denkmals für Ludwig Uhland in die Hand nehme und namentlich auch den neugegründeten Deutschen Sängerbund und durch diesen alle deutschen Sänger zur thätigen Mitwirkung gewinne. — **Friedrichshafen, 17. Nov.** (Sch. M.) In der zu dem Pfarrdorf Fischbach gehörigen Eichenmühle lebte der Besitzer derselben, Müller Roth, ein Mann in den fünfziger Jahren, in letzter Zeit mit seinem 20jährigen Sohn in Unfrieden, wie man sagt wegen öftern

Wirthshausstüch des Letztern. Der Sohn, der übrigens von anderer Seite nicht schlimm beleumundet ist, brachte die letzte Nacht bei einem in der Gegend hiesigen Gändchen in Schenkenhanten zu, von dem er erst gegen Tag zurückkehrte. Der Vater, welcher diese Nacht in auffallender Unruhe zugebracht haben soll, wies ihm ein Geschäß am Mischrad an, und während er dieses noch in der Dämmerung ausfüßete, führte der Sohn, getroffen von des Vaters Blei, selbs zusammen. Nach wenigen Minuten löste ein zweiter Schuß, mit dem der unglückliche Vater sich selbst das Leben raubte. Zu Gunsten der Menschheit nehmen wir an, daß hier ein Akt der Geistesstörung vorliegt, den wir nach uns mehrfach zugekommenen Berichten referirt haben, ohne für die Einzelheiten Gewähr leisten zu können.

— **Erzbisch, 17. Nov.** (N. d. Völk. Volksbl.) Auf die Einladung des provisorischen Ausschusses des großdeutschen Vereins für Württemberg kamen heute gegen 70 Mitglieder hieher. Oberjustizprofessor G. R. H. von Ulm hieß die Versammlung willkommen. Die Besprechungen des Vereins, sagte er, seien gegen das Kleindeutschthum, gegen den Umsturz und gegen die handelspolitische Spaltung Deutschlands gerichtet. Er suchte hauptsächlich durch die Presse, vorzugsweise durch sein Organ, das „Deutsche Volksblatt“, zu wirken. Das Bestreben des provisorischen Ausschusses sei es gewesen, nicht blos den Landesverein auszubilden, sondern auch den Gedanken der Bildung großdeutscher Vereine auswärts anzuregen. In Hannover, Bayern, Oesterreich habe die Anregung allen Anklang gefunden, und zur Veranstaltung der Frankfurter Versammlung geführt. Diese sei einstimmig gewesen in dem Wunsch nach einer starken Centralgewalt mit Volksvertretung oder Parlament, wenn man es so nennen wolle. Auf die Frage, ob Delegirtenversammlung oder Parlament, eingehend, bemerkte Redner, Preußen und Oesterreich werden sich nie einem Parlament unterwerfen. Für die Gegenwart sei blos eine Delegirtenversammlung praktisch möglich. Man müsse sich, wenn auch die Wünsche der Nation weiter gehen, vorerst mit Dem begnügen, was durchzuführen sei. Im entscheidenden Augenblicke werde sich eine Delegirtenversammlung selbst weiter bringen. Zum Schluß sprach G. R. H. über das Verhältnis des großdeutschen Vereins für Württemberg zu dem deutschen Reformverein. So lange das Landesvereins-Gesetz eine organische Verbindung der einzelnen Landesvereine mit dem Centralverein nicht zulasse, müsse es die Aufgabe sein, die Landesvereine auszubilden, und es dem Einzelnen überlassen bleiben, zugleich Mitglied des Reformvereins zu werden. Domänen, S. i. r. von Aulendorf referirte über die Vereinsliste. Der Verein hatte 3260 fl. Einnahmen und gegen 400 fl. Ausgaben. Die Zahl der Mitglieder beträgt 924. Davon kommen 778 auf den Donaukreis, 97 auf den Neckarkreis, 44 auf den Schwarzwaldkreis, und 5 auf den Neckarreis. Nur 23 Oberämter von 64 sind vertreten. R. K. Sch. e. i. d. e. r. aus Ravensburg trägt den Entwurf einer Geschäftsordnung vor, welcher sofort angenommen wird. Als Präsidenten der Versammlung schlägt er Dr. Adam aus Ulm vor. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung, und Dr. Adam nimmt hierauf dankend den Präsidentenstuhl ein. Zum Vizepräsidenten wählt er R. K. Schneider aus Ravensburg, zu Schriftführern Domänenrath Stier und Prof. Osterdinger von Ulm. R. K. Sch. e. i. d. e. r. verliest den Statutenentwurf. Die Statuten stimmen im Wesentlichen mit denen des Reformvereins überein. Nach kurzer Debatte werden die Statuten angenommen. Als vorläufiger Borort des Vereins wird Ulm vorgeschlagen und gutgeheißen. Prof. Osterdinger beantragt eine Zustimmung der Versammlung zu den Frankfurter Beschlüssen in der deutschen und handelspolitischen Frage. In der letzten Frage beantragt er den Zusatz zu den Frankfurter Beschlüssen: „mit getriebener Berücksichtigung des Schutzes der deutschen Arbeit.“ Prof. M. A. G. habe große Bedenken, daß der Verein dem Punkt über die Delegirtenversammlung zustimme. Es müßte dies die Parlementsstunde gegen denselben stimmen. Man solle den Verein so weit halten, daß auch die aufrichtigen und beharrlichen Freunde eines Parlaments darin Platz haben. Das Delegirtenprojekt sei unpraktisch und unvollständig. Daß die Frage, ob Parlament oder Delegirtenversammlung, für die Vereinsmitglieder eine offene sein solle, verlangten auch G. G. m. a. n. aus Wurzach und R. K. e. r. i. aus Langensiemern. Den Ausschlag gab aber ein an den Präsidenten eingelaufenes Telegramm aus München, welches meldete, daß dort von dem großdeutschen Verein die Frankfurter Beschlüsse einstimmig angenommen worden seien. Bei der Abstimmung wurde der Antrag von Osterdinger mit allen gegen einzelne wenige Stimmen angenommen. Der letzte Gegenstand der Tagesordnung war die Wahl eines definitiven Ausschusses von 9 Mitgliedern. Gewählt wurden: Dr. Adam in Ulm, Stadtschultheiß Bayerhammer in Ellwangen, Hospitalpfleger Böhler in Gmünd, Prof. v. Kuhn in Lüdingen, Prof. Osterdinger in Ulm, Prof. Rogg in Ehingen, R. K. Schneider in Ravensburg, Stadtschultheiß Schuster in Ulm, Domänenrath Stier in Aulendorf. Die Versammlung tagte vier Stunden. Beim Essen wurde von Schulinspektor W. e. f. e. r. von Essendorf durch einen poetischen Nachruf des verstorbenen Hland gedacht.

— Ueber die letzten Lebenslage des kürzlich verstorbenen F. Z. M. Baron Guloz wird berichtet: Einige Tage vor seinem Tode erfuhr der General von dem Nekrolog, der über ihn bereits in einem Wiener Blatt veröffentlicht sei, welche Nachricht auf ihn einen so schmerzlichen Eindruck machte, daß er des Schlafes beraubt wurde. Nachdem sich seine Familie zu Bette gelegt hatte, fand Baron Guloz um 1 Uhr nach Mitternacht auf, fleubete sich in die vollständige Generalsuniform und fuhr mit seinem Diener in einer Gondel auf die Piazza zur Militär-Hauptwache. Dort rief er den Kommandanten der Hauptwache zu sich und befahl ihm, im Frührapport zu melden, daß F. Z. M. Baron Guloz lebe und persönlich auf der Hauptwache gewesen sei. Beim Aussteigen aus der Gondel sagte F. Z. M. Baron Guloz den Gondelier mit voller Kraft an und bemerkte dabei, er wolle zeigen, daß er auch noch Kraft habe. Dabei wurde seine Hand von Krämpfen erfaßt, und man konnte den Gondelier nur mit Mühe aus denselben befreien. Es war dies die letzte Ausfahrt des verdienstvollen Generals. Einige Tage später meldete derselbe Offizier der Hauptwache im Frührapport, daß Guloz gestorben sei.

Verantwortlicher Redacteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**  
Freitag 21. Nov. 4. Quartal. 129. Abonnementsvorstellung. **Martha**, oder: **der Markt von Richmond**; Oper in 4 Akten, von W. Friedrich. Musik von Fr. v. Flotow.  
**Sonntag 23. Novbr.** bleibt die groß. Hofbühne geschlossen.



Alle in diesen Blättern angekündigten Loose von Staats-Gewinn-Ziehungen und Geldverloosungen sind stets aufs billigste von unterzeichneten Haupt-Einnehmern zu beziehen. Der directe Bezug von denselben sichert nicht nur allein den Theilhabern die prompteste Uebersendung der Ziehungs-Liste, sondern auch die sofortige Auszahlung der Gewinne in jedem Orte Deutschlands. (Pläne gratis und franco.) — Die nächsten Ziehungen finden am 11. u. 12. Dezember in Braunschweig statt, wozu von Unterzeichneten noch Antheile à 1 fl. 15 kr. verabsolgt werden.

NB. Laut Jedermann zu Diensten stehenden amtlichen Listen wurden durch unsere Vermittlung wieder in jüngster Zeit folgende Kapitalpreise gewonnen, resp. anbezahlt: fl. 115,000, 100,000, 70,000, 50,000, 35,000, 30,000, 25,000, u. u.

Stirn & Greim, Haupt-Einnehmer in Frankfurt am Main.

3p.44a. Offenburg. Im Namen meiner Mutter und sechs Geschwister erkläre ich die traurige Pflicht, das Hinscheiden unseres unvergesslichen Vaters, des großh. Hofrathes und Kammerherrn Joh. Herrn Wilhelm Schilling von Cannstatt, anzuzeigen.

Der selbe verschied heute sanft nach fast einjährigem schwerem Leiden im 59. Lebensjahre. Offenburg, den 19. November 1862. Wilhelm von Schilling, Lieutenant.

Bewalter-Gesuch. 3p.590. In eine Apotheke des Unterhaintriedes wird ein mit guten Zeugnissen versehenes examiniertes Bewalter auf 1. Januar 1863 gesucht. Gehalt 600 fl. Holz, Licht, Bedienung frei. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Blattes.

Commisstelle-Gesuch. 3p.57. Ein gewandter Verkäufer in Manufakturwaaren wünscht seine Stelle zu wechseln. Franco Offerten unter Nr. 812 besorgt die Expedition dieses Blattes.

Commisstelle. 3p.60. In einem Manufakturgeschäft wird ein gewandter Verkäufer (Stadtle) sofort zu engagiren gesucht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Lehrlingsgesuch. 3p.61. In einem frequenten Manufaktur-Geschäft einer Stadt Badens wird ein junger Mensch (Stadtle) unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre gesucht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Salon-Photogene, Solaröl, raffiniertes Petroleum, Paraffine-Lichter, sämtliche Artikel in bester Qualität und zu billigen Preisen en gros, bei Becker & Steeb in Offenbach a. M.

Wirthschaft zu verpachten. Die der Gesellschaft Bürgerverein gehörige Reanwirthschaft zum Kaiser Alexander, bestehend in einem Speisesaal, Wirthszimmer, 7 Zimmern, Stallung, Remisen, großen Kellern u. verbunden mit der Restauration des Bürgervereins, soll auf den 23. April 1863 anderweitig an einen fähigen Wirth verpachtet werden, und können die näheren Bedingungen bei dem Vorstande der Gesellschaft, Herrn Kaufmann L. Weber, eingesehen werden.

Ein Wohnhaus. In unmittelbarer Nähe des Rathhauses gelegen, solid und geschmackvoll erbaut, mit daran hängenden Hintergebäuden, Garten, geräumigen Hof, Wasserleitung, Stallung, Remise und sonstigen Bequemlichkeiten. Die Realitäten können jederzeit eingesehen, und die Kaufbedingungen bei Herrn Adolf Friedrich Dittler, hiebei trägt werden.

Hausversteigerung. 3p.995. Karlsruhe. Donnerstag den 4. Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr, lassen die Erben des verstorbenen Zimmermeisters Georg Knecht durch den großh. Notar Beck hier in seiner Wohnung, Langstraße Nr. 193, zu Eigenthum versteigern, wie folgt:

3p.30. Nr. 5238. Offenburg. Pferdversteigerung. Dienstag den 2. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr, wird vor dem hiesigen Rathhause eine im Jahr 1858 zur Nachzucht verhehlte Stute der großh. Militärverwaltung gegen Baupfand öffentlich versteigert; wozu Kaufliebhaber eingeladen werden. Offenburg, den 18. November 1862. G. Scherbard, vdt. Antener.

3p.48. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist zu haben: Heidelberg, sein Schloß und seine Pfalzgrafen. Eine historische Dichtung von Dr. Emil Otto. Preis geb. 36 kr. Prachtband 1 fl. 12 kr.

3p.44. b. August Faas, Frankfurt a. M., Mainz und Mannheim, Agent der Kölnischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft in Köln, empfiehlt: Locomobile, Dampfkessel, eiserne Dächer, Gas- und Wasserleitungsrohre und Eisenkonstruktionen jeder Art.

3p.909. Mainz. Verkauf einer Orgelbauerei. Die seit einer längeren Reihe von Jahren rühmlichst bekannte Orgelbauerei von Hermann Dreymann in Mainz ist durch das Ableben des Besitzers mit Inventar zu verkaufen, und können die zum Betrieb erforderlichen, im besten Zustande sich befindenden Instrumente mit veräußert werden. Die Stimmung einer namhaften Anzahl Orgeln ist mit dem Geschäft verbunden. Nähere Auskunft ertheilt Herr J. B. Söngen, Kaufmann in Mainz.

3p.57 n. Nr. 8604. Mannheim. (Aufforderung.) Der abwesende Nikolaus Bonnschäfer von Heddeshelm, welcher nach dem öffentlich verkündeten Erkenntniß der hiesigen Justizkammer vom 26. August d. J., wegen des Verwehrens der Anklage mit Kindern zur Abtheilung vor das Schwurgericht verwiesen ist, wird hiermit aufgefordert, sich 14 Tage vor dem am 10. Dezember d. J. stattfindenden Sitzung des Schwurgerichts bei dem hiesigen Schlichtungsgericht, dem großh. Amtsgericht, Landenburg, zu stellen. Mannheim, den 18. November 1862. Großh. bad. Hofgericht des Unterhaintriedes. Reiter, von Berg.

3p.22. Nr. 5629. Schönan. (Schuldenliquidation.) Geger Wittmannwirth, Christoph Sütterle von Zell haben wir. Galt erkannt und Tagfahrt zum Schuldenrichtungs- und Verzugsverfahren auf Freitag den 5. Dezember d. J., Vormittags halb 9 Uhr, anberaumt. Alle jene, welche aus was immer für einem Grund Ansprüche an die Genannte machen wollen, werden hiermit aufgefordert, solche in der angelegten Tagfahrt, bei Vermittelung des Ausschusses von der Galt, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich, anzumelden, und zugleich die etwaigen Verzüge oder Unterhandlungen zu bezeichnen, die der Annahme geltend machen will, mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Urtheile des Beweises mit andern Beweismitteln. Zugleich wird in dieser Tagfahrt ein Masselbesetz ernannt und Verzug und Nachlassverzicht und Ersetzung des Nachlasses und Gläubigeranspruches die Nichterscheinenden als der Mehrheit der Erbschaften beitretend angesehen. Schönan, den 15. November 1862. Neumann.

3p.24. Nr. 16,865. Mannheim. (Schuldenliquidation.) Die Vertreter der Erben der Ehefrau des Alois Schönan, Handelsmann dahier, Anna Gertrud Schönan, geborne Daber, haben die Erbschaft, nur mit dem Vorbehalt der Rechtsmöglichkeit des Erbrechtsanspruches angetreten. Es werden deshalb alle diejenigen, welche Ansprüche gegen die Erbmasse geltend machen können oder wollen, aufgefordert, solche Dienstag den 18. Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr, vor Notar Büsch auf dessen Geschäftsnummer, unter Vorlage der Beweisurkunden, um so bestimmter richtig zu stellen, als sonst dem Nichterscheinenden seine Ansprüche nur auf denjenigen Theil der Erbschaftsmasse erhalten werden, der nach Vertheilung der Erbschaftsgläubiger auf die Erben gekommen ist. Mannheim, den 5. November 1862. Großh. bad. Amtsgericht. Gehlius.

3p.16. Nr. 8699. Fahr. (Erbsverladung.) Am Erbschaft der am 31. Juli dieses Jahres verlebten Wittwe des hiesigen Feldgarbiers Gregor Kühnle, Jungmunde, geborne Wirth, von Dudenheim in deren Sohn Karl Kühnle zu berufen. Der Letztere war Soldat beim 1. Linien-Infanterieregiment, und soll 1849 in der Revolution bei Bagdad erschossen worden sein; da dies nicht konstatirt werden kann, auch seiner über seinen Aufenthalt nichts bekannt geworden ist, so wird derselbe hiermit aufgefordert, sich binnen drei Monaten zur Empfangnahme der mütterlichen Erbsportionen dazier zu melden, widrigenfalls diese Denjenigen zugeschrieben werden würde, denen solche zufäme, wenn er, der Vorgelebene, zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre. Fahr, den 17. November 1862. Großh. bad. Amtsvorsteher. Finckado.

3p.15. Nr. 6844. Stodach. (Erbsverladung.) Stephan, Johann Baptist und Benedict

3p.49. Nr. 5179. Karlsruhe. (Aufforderung.) Bei einem am 7. d. Mts. wegen Marktversteigerung in Bonndorf in Unterhaintriedes beantragten Versteigerung wurden unter anderem noch folgende Gegenstände, welche wahlweise ebenfalls auf dem hiesigen abgetheilten Jahrmarkt verwendet werden, veräußert: 1) Ein Gebirgs- u. Weidloch-Deut. Messing u. c. von Andreas Büsch, 19. Aufzuge, Augsburg 1854, in schwarzem Sammet gebunden; 2) eine Cigarettenhülle von schwarzem und weißem Sammet; 3) ein Stück rothe Seide. Wenn diese Gegenstände auf dem am 6. und 7. d. Mts. in Bonndorf stattfindenden Jahrmarkt verwendet werden, möge die Angelegte hiesige oder bei dem großh. bezüglichen Amtsgericht, in dessen Bezirk er sich aufhält, machen. Karlsruhe, den 20. November 1862. Das Kommando des großh. bad. Leib-Regiments, v. Karolische, Oberst. Der Regimentskommandant: v. Karolische, Oberst.

3p.38. Nr. 10,515. Mühlheim. (Aufforderung.) Dem Dienstherrn Johann Bogt von Weilmannsdorf und dem Tagelöhner Friedrich Schneider von Niedergemmen ist ein Strafverdict dazier zu verurtheilen. Derselben werden aufgefordert, sich zu diesem Verdict dazier zu stellen. Zugleich eruchen wir die Gerichtsbehörden, die genannten Personen, wenn deren Aufenthaltsort bekannt ist, mit Vorlauf vorher zu weilen. Mühlheim, den 15. November 1862. Großh. bad. Amtsgericht. Kottler.

3p.36. Nr. 14,381. Waldshut. (Aufforderung.) Dem Johann Schilke von Bendorf wurde folgende Gegenstände abgenommen: 1) Ein rathausvolles Stodach mit rothem

Table with columns: Staatspapiere, Wechselstufte, and various financial data including interest rates and exchange rates for different locations like Frankfurt, Baden, and Prussia.